

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste**Jährliche Strategieplanung/Policy Strategy 2008**

Ende Februar hat die Kommission in einer tour d'horizon ihre politische Strategie für 2008 vorgelegt, die nach Beratungen mit dem Europäischen Parlament und dem Rat sich dann im Oktober 2007 zum Legislativ- und Arbeitsprogramm für das kommende Jahr verdichten wird. Die Strategie knüpft an die Ziele Wohlstand, Solidarität, Sicherheit und Freiheit und eine stärkere Rolle Europas in der Welt an, die sich die Kommission zu Beginn ihres Mandats gesetzt hatte. Das Gemeinsame Vorgehen in Schlüsselbereichen wie Energie, Forschung und demographische Entwicklung sei positiv, ebenso zeigten die Initiativen der Kommission „Eine Energiepolitik für Europa“, das Europäische Technologieinstitut und der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, dass die Kommission ihren Verpflichtungen aus der reformierten Lissabon-Strategie nachkomme. Für 2008 wird ein Jahr der Konsolidierung erwartet. Im Vorfeld der nächsten Europawahl 2009 wird darüber hinaus eine „konstruktive institutionelle Regelung“ als positives Signal und zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit der EU angemahnt.

Zu den wichtigen Vorhaben, die mehrere Politikbereiche umfassen und die die Kommission dienststellenübergreifend bearbeitet, gehören Energie- und Klimawandel, die reformierte Lissabon-Agenda und das Thema Migration. Ganz oben auf der Tagesordnung bleibt das Thema Energie- und Klimawandel, wozu die Kommission kürzlich ein Klimapaket vorgelegt hat. Für eine nachhaltige, sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung als Schlüsselfaktor für Wachstum werden Anstrengungen angemahnt zur Schaffung eines europäischen Gas- und Strommarktes, Maßnahmen zur Energieeffizienz und zur Förderung nachhaltiger Energien. Die Kommission hat, was die Reduktion der CO₂-Emissionen angeht, schon die Zeit nach Auslaufen des Kyoto-Protokolles 2012 im Blick. Die EU solle ihre Führungsrolle nutzen, um den internationalen Druck für Veränderungen zu erhöhen.

Zur 2002 erneuerten Lissabonstrategie kündigt die Kommission für Ende 2007 einen strategischen Bericht an, der integrierte Richtlinien für die kommende Dekade enthalten könnte. Auch das Thema Migration will die Kommission in einem mehrdimensionalen Ansatz angehen. 2008 will sie zwei Legislativvorschläge zur Arbeitsmigration zu Voraussetzungen für Einreise und Aufenthalt von Saisonarbeitskräften sowie bezahlten Auszubildenden vorlegen, Vorschläge zu einer gemeinsamen Migrationspolitik erarbei-

ten und Maßnahmen ergreifen für ein gemeinsames europäisches Asylsystem bis 2010. Flankiert wird dies von Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Migration und Menschenhandels und zum Schutz der Außengrenzen. Die Grenzschutzagentur soll zur besseren Unterstützung der Mitgliedstaaten 2008 ausgebaut werden.

Wohlstand, so die Kommission, werde auch durch Maßnahmen gegen den Klimawandel und für eine gute Energiepolitik erhalten. Erschwingliche und umweltverträgliche Verkehrsdienste, die es erlauben, das Potenzial des Binnenmarktes auszuschöpfen, werden in einen Aktionsplan für den städtischen Nahverkehr, ein Weißbuch zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Seeverkehrs (logistische Einbindung des Kurzstreckenseeverkehrs) und einen Legislativvorschlag zur Begrenzung von Emissionen durch den Luftverkehr thematisiert.

Für den Bereich Forschung und Technologie komme dem 7. Europäischen Rahmenprogramm (7.RP) als Instrument zum Ausbau eines Europäischen Forschungsraumes Bedeutung zu. Der Europäische Forschungsrat soll ab 2008 von einer Exekutivagentur unterstützt werden, eine weitere Exekutivagentur soll Teile des 7. RP verwalten. Das europäische Technologieinstitut soll soweit vorbereitet werden, dass es seine Arbeit 2009 aufnehmen kann.

2007 will die Kommission einen Bericht zum Binnenmarkt 2007 vorlegen. Im Februar ist zur Vorbereitung der Frühjahrstagung des Europäischen Rates ein Zwischenbericht vorgelegt worden. 2008 will die Kommission dann Rechtsakte vorlegen, um Bürgern und Unternehmen, insbesondere den KMU, einen weiteren Zugang zu den Grundfreiheiten zu ermöglichen. Neben Vorschlägen zu Finanzdienstleistungen oder zum geistigen Eigentum hat die Kommission auch Durchsetzungsmaßnahmen im Wettbewerbsrecht und wettbewerbschädigende Praktiken und Beihilfeformen im Visier. Angekündigt werden Vorschläge zu einer einheitlichen konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage für Unternehmen und die Umsetzung der EU-Patent-Strategie. Auch des Verbraucherschutzes will sich die Kommission annehmen und kündigt Initiativen an zu Vertragsrechten und Rechtsmitteln sowie eine Ausweitung der Schutzrechte auf Software und Daten aus dem Internet.

Im dritten Bereich Solidarität ist für 2008 ein „Gesundheitscheck“ der reformierten Gemeinsamen Agrarpolitik geplant, um den Weg für eine Neuausrichtung des GAP zu ebnen. Erstmals wird 2008 eine gemeinsame Marktorganisation durchgeführt. Für die Gemeinsame Fischereipolitik wird eine Neufassung des Kontrollrahmens angekündigt.

2007 ist das Jahr der Chancengleichheit. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf will die Kommission Initiativen vorschlagen gegen Diskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes. Auch das Konzept der Flexicurity soll Gegenstand von Vorschlägen bleiben. 2008 wird das erste vollständige Durchführungsjahr der neuen operationellen Programme im Rahmen der Kohäsionspolitik sein. Beim Thema Grundrechte will sich die Kommission der Rechte der Kinder widmen und gegen Kinderarmut vorgehen sowie Programme zum Schutz der Kinder bei Internetnutzung auflegen. 2008 wird das Jahr des interkulturellen Dialoges werden, weshalb sich die Kommission der Mehrsprachigkeit zuwenden will.

Im Bereich Sicherheit und Freiheit soll die Fertigstellung von SIS II den Beitritt weiterer Staaten zum Schengen-Raum ermöglichen. Das Haager Programm 2005-2009 bleibt der Rahmen für die Ausgestaltung der justiziellen Zusammenarbeit. Neben einer verbesserten Zollkontrolle (Bekämpfung von Nachahmerprodukten) und einer Überprüfung des Rechtsrahmens für pharmazeutische Produkte steht die Schaffung eines

Rechtsrahmens für die Risikobewertung genetisch modifizierter Nahrungs- und Futtermittel an.

Der anschließende Teil widmet sich der Außenpolitik. Sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit wie auch für die Themen Klimawandel, Biodiversität, Migration, organisierte Kriminalität, Energieversorgung erforderten die zunehmenden Verflechtungen Handeln im globalen Kontext. Über die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei schlägt die Kommission den Bogen zum westlichen Balkan, zur Statusfrage Kosovo und schließlich im weiten Kreis zur Nachbarschaftspolitik. Die Schwarzmeerkoooperation soll gefördert werden, die wirtschaftlichen Beziehungen u.a. zu ASEAN, Lateinamerika, Japan, China, Russland intensiviert werden. Die Welthandelsgespräche sollen flankiert werden von Freihandelsabkommen mit sog. Schwellenländern, in denen verbesserter Marktzugang, wirksame Handelsschutzinstrumente und der Schutz geistigen Eigentums geregelt werden. Gemeinsam mit der afrikanischen Union will die EU eine EU-Afrika-Strategie entwickeln. Der 10. Europäische Entwicklungsfonds (2008-2013 mit insgesamt 22,7 Mrd. Euro) wird 2008 zum Einsatz gelangen.

Zurück im Alltag verweist die Kommission auf das Kärrnerthema besserer Rechtsetzung. Nach der strategischen Durchsicht des bestehenden Regelungswerkes und der Folgenabschätzung erfolgt deren Bewertung und soll schließlich das Programm der Kodifizierung des Acquis in allen Amtssprachen 2008 abgeschlossen werden. Die Kommunikation mit dem Bürger soll „lokalisiert“ werden und sich auf Themen konzentrieren, mit denen sich der Bürger identifizieren kann: soziale Dimension, Globalisierung, Arbeit, Energiefragen, Klimawandel, Migration.

Im zweiten Teil listet die Kommission die Verstärkung des Personals infolge der Erweiterungen auf und kündigt an, 2008 die letzten Stellen abzufordern. Ebenfalls aufgelistet werden die Verpflichtungsermächtigungen für die vier Schwerpunktbereiche im Vergleich zur Finanzplanung 2008-2013.

Der Kommissionsvorschlag liegt nun zum konstruktiven Dialog im Parlament und im Rat. Das Ergebnis dieses Dialogs wird sich dann im Oktober voraussichtlich im Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2008 niederschlagen.

Quelle:

- Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Jährliche Strategieplanung für 2008, KOM(2007) 65 endgültig

Heike Badenhausen, Fachbereich WD 11 – Europa, Tel.: (030) 227-33614,
E-mail: vorzimmer.wd11@bundestag.de